

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
namens der Landesregierung

**Informationsschreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom  
10.08.2022 (Teil 3)**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (AfD), eingegangen am  
08.02.2023 - Drs. 19/520  
an die Staatskanzlei übersandt am 14.02.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
namens der Landesregierung vom 28.02.2023

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung am 2. Februar 2023 übergab der teilnehmende Vorsitzende der Fraktion der AfD, Stefan Marzischewski-Drewes, dem Ausschussvorsitzenden ein Informationsschreiben zum Thema „Obduktionen bei Todesfällen in zeitlichem Zusammenhang mit einer COVID-19-Impfung“, datiert auf den 10. August 2022, das das niedersächsische Gesundheitsministerium als Absender ausweist. In diesem Schreiben werden die Verwaltungen der Landkreise, der kreisfreien Städte und die Region Hannover darüber informiert, dass die Anweisung zur generellen Obduktion bei Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit einer COVID-19-Impfung nach mittlerweile 20 Monaten Impferfahrung zurückgenommen wird. Ebenso wird darüber informiert, dass im Falle einer trotzdem stattfindenden Obduktion die Kosten für diese nur noch übernommen werde, wenn die Abrechnung bis spätestens 31. Dezember 2022 vorliege. Er bat um Überprüfung der Echtheit dieses Schreibens.

**1. Falls die Echtheit des Schreibens nicht bestätigt wird, lässt die Landesregierung - insbesondere das Gesundheitsministerium - gegen den/die Urheber strafrechtlich ermitteln?**

Bei dem Schreiben vom 10. August 2022 handelt es sich um einen Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an die Landkreise, kreisfreien Städte und die Region Hannover. Es kann daher die Echtheit des Schreibens vom 10. August 2022 bestätigt werden. Daher sind keine strafrechtlichen Ermittlungen erforderlich. Der Erlass umfasst insgesamt zwei Seiten. Vom teilnehmenden Vorsitzenden der Fraktion der AfD, Stefan Marzischewski-Drewes, wurde nach der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung am 2. Februar 2023 lediglich die erste Seite überreicht.

**2. Falls gegen den/die Urheber bereits strafrechtlich ermittelt wird: Wie lautet der aktuelle Sachstand zu den Ermittlungen bei Eingang der kleinen Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung?**

Entfällt - siehe Antwort zu Frage 1.

**3. Wie gedenkt die Landesregierung zukünftig gegen eventuell gefälschte Schreiben aus Ministerien, besonders bei polarisierenden Sachthemen, vorzugehen und diese zu verhindern?**

Der Landesregierung liegen aktuell keine Informationen über gefälschte Schreiben vor. Sollten in der Zukunft gefälschte Schreiben auftauchen, wird die Landesregierung im jeweiligen Einzelfall die entsprechenden Konsequenzen prüfen.

(Verteilt am 02.03.2023)